

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus der Stadtbürgerschaft vom 24. November 2015

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/11vk>

Unterkunft für geflüchtete Frauen

Unter den nach Deutschland geflüchteten Menschen sind schätzungsweise 25 bis 30 Prozent Frauen, Mädchen und Mütter mit Kindern. Viele erleiden auf der Flucht sexualisierte Gewalt und sind mehrfach traumatisiert. Sie brauchen spezielle Schutzräume, in den regulären gemischten Unterkünften untergebracht, kann dies zu einer Verschlimmerung der psychischen Situation der Frauen und Mädchen führen. Ein heute beschlossener Antrag fordert vom Senat, unverzüglich in Bremen eine Flüchtlingsunterkunft nur für Frauen zu errichten und ein Konzept für den besonderen Betreuungsbedarf traumatisierter geflüchteter Frauen, Müttern mit Kindern und Mädchen vorzulegen.



Die frauenpolitische Sprecherin Henrike Müller machte in der Debatte auf den morgigen „Internationalen Tag der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen“ aufmerksam. Insbesondere beim Thema „Frauen auf der Flucht“ ist festzustellen, dass Frauen und Mädchen in den Herkunftsländern massive

Gewalt, die den Kriegshandlungen geschuldet ist, erfahren; dass sie Gewalt erfahren auf der Flucht, die den illegalen Fluchtwegen und der damit verbundenen Abhängigkeit von Schleusern geschuldet ist; und sie erfahren mancherorts Gewalt in Aufnahmeeinrichtungen, wo Frauen und Mädchen eigentlich Schutz und Sicherheit finden sollten.

In Bremen sind keine Übergriffe gegen Frauen und Mädchen zu beklagen, aber wir wissen, dass Angst der ständige Begleiter von Frauen auf der Flucht ist. Deshalb sollen sie in Bremen vertrauenerweckende und sichere Strukturen vorfinden. Dazu gehört vor allem eine Einrichtung, in der ausschließlich Frauen leben und die von geschultem weiblichen Personal betreut wird.

Jugendpolitik in Bremen stärken!

Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu fördern ist nicht nur eine Herausforderung, sondern auch gesetzliche Pflicht. Um das Jugendhilfesystem zu analysieren und weiterzuentwickeln, wäre ein Bericht über die Lage der Kinder, Jugendlichen und Familien in Bremen hilfreich. Mit einem heute beschlossenen Antrag wird der Senat zur Erstellung eines solchen Berichts aufgefordert und entsprechend dem Sozialgesetzbuch eine Jugendhilfeplanung zu entwickeln.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de



Die jugend- und sozialpolitische Sprecherin Susanne Wendland, Initiatorin des Antrags, stellte Fragen, auf die der Bericht Antworten geben soll: Wo steht die Jugendarbeit und Jugendhilfe in Bremen? Wie muss sie weiterentwickelt werden? Wie können wir sie kontrollieren und steuern? Welche

Einrichtungen und Dienste haben wir zurzeit? Welche Einrichtungen werden in der Kinder und Jugendhilfe gebraucht? Welcher Träger arbeitet eigentlich für welche Zielgruppe mit welchem Konzept? Kommt das Förderangebot oder die Hilfeleistung auch beim Kind, beim Jugendlichen und bei den Eltern an? Welchen gesamtstädtischen Bedarf gibt es in der offenen Jugendarbeit und bei der Weiterentwicklung der Erziehungshilfen tatsächlich?

Letztlich, so auch der Antrag, soll aber der Jugendhilfeausschuss über die Schwerpunkte des Berichts befinden.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de